

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1921

111 (8.3.1921) Mittagausgabe

Badische Presse

Handels-Zeitung.

Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik und Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Rundschau / Feld und Garten / Volk und Heimat.

Besatz-Preise:
 An Karlsruher im Verlage
 monatlich M. 5.30 frei ins Haus
 geliefert M. 6.—
 Auswärts: Von unseren Agen-
 turen bezogen M. 6.— Durch die
 Post einzeln Auftragsabdr. M. 6.20.
 Einzelnummer 20 Pfennig.

Anzeigen:
 Die 1. Spalte Nonpareilgröße M. 1.50.
 auswärts M. 2.— Die 2. Spalte
 M. 7.—, an erster Stelle M. 7.50.
 Bei Wiederholung tariflicher Rabatt,
 der bei Wiederholung des Anzei-
 genbetriebs, der bei Wiederholung
 der Anzeigen außer Kraft tritt.
 Für Platzverpflichtungen und für
 Aufnahme kann keine Gewähr über-
 nommen werden.
 Im Fall höherer Gewalt hat der Ver-
 leger keine Ansprüche bei verbliebenem
 oder nichterhaltenem der Zeitung.

Eigentum und Verleger von
 Ferd. Thiergarten.
 Hauptverwalter:
 Hanns Walter Schneider
 Verantwortl.: Walter und Wirt-
 schaftspolit.: G. W. Schneider; Polit-
 ische Redaktionen: A. W. Schulze;
 Baden: S. Schwarze; Karlsruhe:
 Angelegenheiten und Sport: A. Wol-
 denauer; Kunst, Wissenschaft u. Unter-
 haltung: A. Rudolph; Handelszeitung:
 I. B. A. W. Schulze; Anzeigen:
 H. W. Schneider, alle in Karlsruhe.
 Berlin: Schriftleitung:
 Dr. Erich Gerth

Verantwortl.:
 Geschäftsführer: Nr. 86.
 Schriftführer: Nr. 309 und 319.

Geschäftsbüro:
 Artikel- und Sammlungs-Öde, nächst
 Kaiserstraße und Marktplatz
 Postfachamt: Karlsruhe Nr. 8359.

Der feindliche Vormarsch begonnen.

Die Stunde der Entscheidung.

* Die Entscheidung, die gestern auf der Londoner Konferenz gefaßt ist, kann bestimmend werden für Deutschlands Schicksal in der nächsten Menschengeneration und darüber hinaus. Niemand zwar kann sich darüber unklar sein, daß das Inkrafttreten der Sanktionen neues schweres Leid über unser geplagtes Land u. Volk bringen wird, aber wenn wir fest bleiben, die Zähne aufeinanderbeißen und den Gegnern zeigen, daß wir uns nicht vergewaltigen lassen, wenn der Entente dann das gewagte Experiment mißlingt, eine Truppenmacht den Gerichtstisch spielen zu lassen, wenn sich erst erweist, daß man mit Armeen keine 226 Milliarden Goldmark und mehr aus Deutschland gewaltsam herauspressen kann, wenn die Gegner erkennen, daß sie nur dann große Summen bekommen, wenn das deutsche Volk aus freiem Willen besondere Anstrengungen macht, dann hat die Stunde geschlagen, die eine Wende für Deutschland, die vielleicht eine Zeitenwende bedeutet. So kann in der gestern gefaßten Entscheidung der Londoner Konferenz, die Gewalt an die Stelle des Rechts setzt, eine sehr viel bessere Möglichkeit für uns liegen als in jeder für uns zur Not erträglichen Einigung liegen konnte. Jede solche Einigung nämlich muß ein faules Kompromiß sein, das auf der in Versailles geschaffenen Fiktion von unserer Alleinschuld sich aufbaut, auf einem Urteil, das das deutsche Volk nur gezwungenermaßen, im Herzen niemals unterschrieben hat. Dr. Simons hat gestern die Stunde vor der Entscheidung gewählt, um unsere Auffassung über die Grundlagen des Versailler Vertrages, über die Grundlagen auch des Reparationsproblems den Gegnern darzustellen. Der Vertrag ist zwar ein rechtskräftiges Urteil, das wir erfüllen müssen, weil die Gewalt hinter ihm steht, aber es ist ein Fausturteil, wir halten es — über das, was Dr. Simons gestern öffentlich sagte — für ein bewußtes, beachtliches Fehlurteil. Alle Lösungen von Einzelfragen, die sich auf diesem Urteil aufbauen, können nur Provisorien mit Kompromißcharakter sein. Eine Wende zum gerechten Ausgleich, zu richtiger Verteilung der Schuld und damit der Lasten des Kriegs und des Wiederaufbaus kann nur eintreten, wenn die Dinge irgendwie aus der Erstarrung des Versailler Vertrages gelöst und neu in Fluß gebracht werden. Das mag die Entente gestern ungewollt herbeigeführt haben, als sie zu dem Justizproben des Versailler Urteils das Rohheitsdefizit der neuen Sanktionen fügte. Denn daß die Sanktionen nicht einmal im Versailler Vertrag eine formal rechtliche Stütze finden, ist das beste Zeichen für die brutale, von Rechtsfiktionsempfinden völlig unberührte Mentalität unserer alten und nun wieder neuen Feinde. Denn was jetzt ist, ist wieder Krieg. Ein Krieg aber, der von der einen Seite mit Schwert und Gewalt, von uns nur mit moralischen Waffen geführt wird. Aber uns besetzt die feste Hoffnung, daß, wenn das deutsche Volk nicht weicht und schlapp wird, in diesem Kriege „fremde Gewalt vor unserm Recht weichen muß“, wie der Reichspräsident in seiner Kundgebung an die bedrohten rheinischen Gebiete sagte. Jetzt heißt es stark bleiben und vor allem einig sein. Es geht um unser Volk, um unserer Kinder Zukunft. Mögen sie neuen deutschen Volksteilen feilsche Qual auferlegen, ihr Brüder am Rhein, das Reich ist bei euch in eurer Not und leidet mit euch! Und mögen sie verurteilen, uns im Süden durch Abschneiden der Kohlenzufuhr der wirtschaftlichen Atem zu unterbinden, wir dürfen uns nicht erschüttern lassen in Festigkeit und Einigkeit. Wohlan, ihr Arbeiter, Bürger und Bauern! In dieser ersten Stunde reicht euch über alles Trennende die Hände in dem eindringenden Gefühl: „Wir kehren für unser Land! Wir stehen für unsere Weiber, unsere Kinder!“

Die Mittagsitzung in London

(Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters Albert Stolz.)
 London, 8. März. Die Rede des deutschen Außenministers Dr. Simons, die dieser in der heutigen Mittagsitzung im Lancasterhouse gehalten hat, liegt nunmehr vor. Nach den Worten Lord Georges, der die Sitzung mit dem Bemerkeln einleitete, daß er die Ausführungen des deutschen Außenministers mit Interesse hören würde, führte Dr. Simons aus, daß die deutsche Abordnung nicht in der Lage sei, ihre Unterschrift unter die Pariser Beschlüsse zu setzen. Die Differenzen zwischen den beiderseitigen Vorschlägen seien derart groß, daß Deutschland eine vorläufige Regelung für die ersten 5 Jahre vorschlagen müsse. Diese Regelung soll auf den Pariser Beschlüssen beruhen. Deutschland wolle sowohl ein Forum, wie auch veränderliche Jahresraten zur Ablösung der 12prozentigen Ausfuhrabgabe vorschlagen und zwar unter der Bedingung, daß Oberschlesien beim Reich verbleibe und wir alle Handelsfreiheit genießen. Wenn man darauf eingehen würde, würden wir alles tun, mit den Sachverständigen die Einzelheiten auszuarbeiten, damit gleich an die Beratung über einen festen Gesamtplan auf 30 Jahre eingetreten werden könne. Sollten die Alliierten auf dem festen Gesamtplan bestehen bleiben, so müßten wir noch eine Woche Frist behalten zur Beratung im Kabinett.

Wenn zwischen den Beschlüssen der Alliierten und den deutschen Gegenvorschlägen ein so großer Unterschied besteht, liegt das nicht daran, daß die deutsche Regierung sich ihren Verpflichtungen entziehen wolle, sondern daran, daß sowohl die Wirkung der Pariser Beschlüsse, wie die deutsche Leistungsfähigkeit von den Alliierten anders eingeschätzt wurden als von uns. Er machte besonders darauf aufmerksam, daß es ein Irrtum sei, daß wir mit den Anleihen Geld aus der Tasche der Alliierten herauslocken wollten. Im Gegenteil, die Anleihen können in allen Ländern aufgelegt werden, die daran teilnehmen wollten, auch in Deutschland. Das Provisorium würde uns die schwersten Opfer auferlegen, und eine große Unsicherheit ins Land bringen. Trotzdem sind wir bereit, das Prinzip der Pariser Beschlüsse anzuerkennen und dementsprechend uns für die ersten 5 Jahre auf diese Basis zu stellen. Sollten die Alliierten hieron nicht abgehen, so zögen wir es vor, in den ersten 5 Jahren von dem Zugeständnis, von dem Lord George gesprochen hat, keinen Gebrauch zu machen, sondern uns auf die Pariser Bedingungen zurückzuziehen. Wenn die Alliierten auf den Sanktionen bestanden, so setzten sie sich im Gegensatz zu Recht und Billigkeit.

Auf die Schuldfrage eingehend, sagte der Minister: Er wolle Deutschland nicht von jeder Verantwortung freimachen, aber ob

ein einziges Volk die Schuld trage, werde durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages nicht entschieden. Bei diesen Stellen entstand Unruhe unter den Zuhörern. Juristisch bestrebe der Friedensvertrag zu Recht, weil er unsere Unterschrift trage, damit haben wir nicht nur zugegeben, daß wir den Krieg verloren haben, sondern auch ein Urteil unterzeichnet. Das Urteil war rechtskräftig aber für jedes Urteil besteht die Möglichkeit einer Anfechtung, wenn die Beurteilung neues Beweismaterial vorbringe. Die Geschichte werde entscheiden, ob der Friedensvertrag den Bedingungen entspreche, unter denen Deutschland die Waffen niedergelegt habe. Freilich habe die unterlegene Partei dem rechtskräftigen Urteil Folge zu leisten. Dieses habe entschieden, daß Deutschland für die Kriegsschäden Ersatz leisten müsse. Die Welt soll den Umfang dieser klar erkennen, damit überall der Wille zur Wiederherstellung geweckt werde. Der Minister erklärte, er habe selbst die zerstörten Gebiete gesehen und sei von ihrem Anblick tief erschüttert. Das deutsche Volk sei einig in dem Wunsche, an dem Wiederaufbau mitzuwirken.

Nachdem Dr. Simons seine Rede beendet hatte, entspann sich ein kurzes Zwiesgespräch zwischen ihm und Lord George.
 Lord George: Sie nehmen also die Pariser Beschlüsse für 5 Jahre an. Simons bejaht.

Lord George: Und als Bedingung dafür stellen Sie das Verbleiben Oberschlesiens beim Reich.
 Dr. Simons: Ja.

Lord George: Aber wenn Oberschlesien nicht beim Reich verbleibt?

Dr. Simons: Dann ist eine neue Situation geschaffen. Lord George: Und soll die deutsche Entschuld erst nach den ersten fünf Jahren festgelegt werden.

Dr. Simons: Nein. Es sollen sofort Sachverständigenberatungen darüber stattfinden.

Lord George: Und ist keine Garantie für ein Minimum möglich.
 Dr. Simons: Nein.

Lord George schloß die Sitzung mit der Erklärung: Die Antwort der Alliierten sei ihm nicht zweifelhaft. Da jedoch die Vorschläge der Deutschen geprüft und die Antwort der Alliierten festgestellt werden müßte, so schlage er Vertagung der Sitzung auf 1/2 Uhr nachmittags vor.

Darauf wurde die Sitzung aufgehoben.
 In den Kreisen der deutschen Delegation besteht der Eindruck, daß die Antwort der Alliierten ablehnend ausfällt und sofort die Sanktionen eintreten.

W.B. London, 7. März. In seinen Ausführungen auf der heutigen Sitzung der Konferenz lobt Reichsminister Dr. Simons besonders folgende Punkte hervor:

1. Die Schuldfrage könne weder durch den Friedensvertrag noch durch Zwangsmaßnahmen entschieden werden. Nur die Geschichte könne die Verantwortlichkeit am Weltkrieg entscheiden. Wir seien den Ereignissen noch zu nahe. Ob eine einzelne Nation ausschließlich als schuldig an diesem Kriege erklärt werden könne und ob diese Nation Deutschland sei, würde kaum durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages endgültig entschieden werden können.

2. Die Zwangsmaßnahmen seien durch die Vorschriften des Friedensvertrages nicht gerechtfertigt; denn nur drei Stellen sprächen hieron: 1. § 18 Anhang 2 im Teil 8, 2. der Schlusssatz des Artikels 429, 3. Artikel 430. Keiner dieser Paragraphen sei anwendbar.

3. Die Zwangsmaßnahmen ständen auch im Gegensatz zu dem Völkervertragsvertrag. Nach Artikel 17 des Völkervertrages können bei Streitigkeiten zwischen Mitgliedern des Völkervertrages und einem Staate, der nicht Mitglied sei, das im Artikel 15 vorgesehene Schiedsgerichtsverfahren zur Anwendung. Deutschland ist nicht Mitglied des Völkervertrages, hätte aber den Vertrag unterzeichnet und er lege deshalb im Namen der deutschen Regierung förmlich Protest gegen die angebotenen Zwangsmaßnahmen ein.

Die Nachmittagsitzung.

W.B. London, 7. März. In der heutigen Konferenz erklärte Lord George, daß er zu seinem großen Bedauern im Namen der Alliierten feststellen müsse, daß die Vorschläge, die Dr. Simons heute vorgetragen habe, nicht mehr annehmbar seien und trotz des gewährten Zeitauflaufs die Heraushebung der Sanktionen nicht rechtskräftigen. Die Freunde des Weltfriedens in den alliierten Ländern und in Deutschland seien bisher darin einig gewesen, daß eine definitive Regelung der Schuldfrage zum Wiederaufbau der Weltwirtschaft notwendig sei. Die alliierten Sachverständigen hätten ja allerdings einen fünfjährigen Plan aufgestellt, dieser sei aber von keinem Staatsmann in den alliierten Ländern aufgenommen worden. Die Alliierten müßten genau wissen, woran sie seien. Bevor Deutschland nicht Vorschläge mache, gebe es keinen Frieden. Wenn er in dieser Richtung die Vorschläge Dr. Simons unterlasse, so müsse er sagen, daß diese nur als Scheinreden der Grundlage der Pariser Beschlüsse entsprächen, denn sie seien Bedingungen unterworfen, die sie in den nächsten fünf Jahren umwerfen könnten. Wenn insbesondere das

Recht in Oberschlesien
 ganz oder teilweise ungenügend ausfalle, dann sei Dr. Simons berechtigt, zu erklären, daß eine neue Situation geschaffen sei. Es sei kein Vorschlag für fünf Jahre, sondern nur für fünf Wochen. Ueber die sonstigen von der deutschen Delegation gemachten Referate brauche er nicht erst zu reden, weil das Referat für Oberschlesien alles hinreichend mache. Und was geschähe nach fünf Jahren? Hierfür könne keine Vorschläge, kein Minimum und nichts vor, womit die Alliierten, besonders die, welche zur Wiederherstellung ihrer verwüsteten Gebiete rasch Geld erheben müßten, etwas anfangen könnten.

Gewisse Sätze in der heutigen Rede Dr. Simons zeigten, daß Deutschland die Situation überhaupt noch nicht verstanden habe. Dr. Simons habe von den ungeheuren Opfern gesprochen, welche das Provisorium erfordere. Wenn Oberschlesien verloren gehe, werde Deutschland 10 Millionen mehr Bevölkerung haben als Großbritannien. Um die großbritannische Schuld an Pensionen, Kriegsbeschädigtenunterstützung usw. zu bezahlen, seien 500 Millionen Pfund Sterling notwendig. Wenn Deutschland dieses Jahr die Pariser Beschlüsse ausführt, so würde es für alle Alliierten 125 Millionen Pfund Sterling, also ein Viertel der Summe aufwenden, die Großbritannien allein aufbringen müsse. Frankreich müsse außer den Kriegsschäden und Pensionen allein für die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete 12 Milliarden Franc, jährlich zahlen. Deutschland brauche dagegen nur ein Neuntel der von Frankreich auszuwendenden Summe flüssig zu machen.

Der weitere auffallende Punkt sei die Weigerung Dr. Simons, die Verantwortlichkeit für den Krieg

anzunehmen. Dieser Punkt sei der fundamentalste Satz des Friedensvertrages. Dr. Simons hat die Geschichte zur Revision der Schuldverteilung angerufen. Er frage, wann die Geschichte zu laufen beginne. Wenn Dr. Simons von einem Vorschlag von fünf Jahren spreche, dann sei es für die Alliierten ein unbehagliches Gefühl, daß nach diesen fünf Jahren eventuell die Frage der Verantwortlichkeit als Revisionsgrund des Friedensvertrages angenommen werden könnte. Die Pariser Beschlüsse stellten einen großen Nachschuß der Bedingungen des Versailler Vertrages dar. Die Alliierten hätten immer betont und wiederholt, daß sie über die Zahl der Annuitäten mit sich reden lassen wollten, sowie über eine der Ausfuhrabgabe äquivalente andere Regelung einer Beteiligung der Alliierten an der Besserung der deutschen Lage. Sie müßten aber auf zwei Punkten bestehen. Erstens müßte unverzüglich der Gesamtvertrag der von Deutschland zu bewirkenden festen Leistungen oder die Faktoren festgelegt werden, welche als Basis für ihre Festsetzung dienen sollen. Zweitens müßte die Zahlungsweise der Annuitäten geregelt werden. Ein bloßer Papiervertrag genüge nicht den Interessen der Alliierten. Im Interesse Deutschlands und der Welt sei eine definitive Regelung unerlässlich. Die Vorschläge, die Dr. Simons unterbreitet hat, könnten nur diese Regelung verzögern. Lord George schloß mit der Bemerkung, daß zu ihrem Bedauern die Alliierten zu dem Entschluß gekommen seien, daß die Sanktionen sofort in Kraft

treten müßten.
 Die Sitzung wurde dann auf eine Viertelstunde unterbrochen, um der deutschen Delegation Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Nach Wiederaufnahme der Sitzung gab Dr. Simons folgende Erklärung ab:

Herr Präsident, meine Herren! Ich muß bedauern, daß auch heute wieder der Zweck der neuen deutschen Vorschläge mißverstanden worden ist. Auch für uns waren die Nachteile einer provisorischen Regelung nicht zweifelhaft, und wir haben diese vorläufige fünfjährige Regelung nur unter dem Zwange des Ultimatum, das heute abgeht, vorgebracht, weil wir glauben, eine bestimmte Maßnahme vorzuschlagen zu müssen. Lieber hätten wir eine Gesamtregelung gesehen, weshalb wir ursprünglich eine Gesamtregelung vorschlugen. Nach heute würden wir eine solche weit aus vorziehen. Wir hätten aber keine zweiten Vorschläge in der Tasche, sondern müßten nach Abschaffung der ersten einen neuen Weg suchen und haben uns um diesen neuen Weg hier in der Delegation wie in Berlin im Kabinett bemüht. Wir sind beauftragt, den Präsidenten der Konferenz um einen kurzen Ausschub zu bitten, um mit dem Kabinett Führung nehmen zu können. Ich stelle fest, daß die Begründung unbegründet ist, als ob wir das Provisorium dazu benutzen wollten, um nach seinem Ablauf eine Revision des Friedensvertrages durchzuführen. Im Gegenteil, das deutsche Volk hat die Reparationspflicht als Ganzes übernommen und ist bereit, ihr in den Grenzen des Möglichen nachzukommen. Wir sind deswegen auch bereit, einzugehen auf den Gedanken des Präsidenten der Konferenz, wonach den alliierten Regierungen das Recht gegeben werden soll, einen Teil der Preise zu beschlagnahmen, die die Käufer in alliierten Ländern für die aus Deutschland eingeführten Waren zu zahlen haben, damit dieser Teil der Preise an das Schatzamt abgeführt und auf das Reparationskonto verrechnet wird. Ich habe diesen Vorschlag meiner Regierung zur Berücksichtigung empfohlen. Bedauerlich ist, daß der Gedanke in der öffentlichen Meinung Deutschlands dadurch geschwächt worden ist, daß er in die Sanktionen aufgenommen wurde. Auch in dem zweiten Punkt ist die deutsche Delegation mit dem Gedanken des Herrn Präsidenten völlig einig, daß es jetzt darauf ankomme, mit möglichst ehestmöglicher Zustimmung festzustellen, welches die Ziffern der festen Leistungen sind, die durch Deutschland ausgeführt werden müssen, und welches die Faktoren der variablen Leistungen sind, die Deutschland für die Reparation im Falle des Wiederaufbaus seiner Wirtschaft zu zahlen hätte. Wir sind ferner einverstanden damit, daß in eine Prüfung eingetreten wird über die Art und Weise, wie Deutschland seine festen und variablen Leistungen an die einzelnen Länder machen kann. Ueber diesen Punkt soll möglichst bald eine Beratung zwischen den Sachverständigen veranlaßt werden. Es ist schade, daß, wenn es zu solchen Beratungen kommen sollte, sie eine Atmosphäre vorfinden würden, die durch die Einführung der Sanktionen verfinstert sein wird. Ich fühle mich verpflichtet, gegen die Sanktionen, die in diesem Augenblick endgültig über uns verhängt werden, nochmals mit allem Nachdruck Verwahrung einzulegen.

Die Abreise der deutschen Delegation.

W.B. London, 7. März, abends 8 Uhr. Die Deutsche Delegation beabsichtigt, morgen die Heimreise nach Berlin anzutreten. Nach Neuentdeckung aus London wird der Beginn militärischer Operationen auf morgen festgelegt.

U. London, 8. März. Briand und die französische Delegation kehren heute abend oder Mittwoch früh nach Paris zurück. Die deutsche Delegation wird London heute früh verlassen.

Der Vormarsch auf Düsseldorf.

U. London, 8. März. Die Besatzungstruppen im Rheinland haben Befehl erhalten, heute früh den Vormarsch zu beginnen.

G. Düsseldorf, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Kavallerie, die für die Besatzung Düsseldorfs vorgesehen ist, ist bereits in Benrath eingetroffen.

U. Elberfeld, 7. März. Die „Bergholtz-Märkische Zeitung“ meldet aus Opladen: Seit heute mittag ziehen durch die Stadt Franzosen in der Richtung auf Düsseldorf. Die Zahl der bis zur Stunde durchmarchierten Truppen wird auf etwa 1000 geschätzt.

U. Elberfeld, 7. März. Die „Bergholtz-Märkische Zeitung“ meldet aus Solingen: Das Bürgermeisteramt aus Solingen ist von der englischen Besatzungsbehörde aufgefordert worden, für die Unterbringung einer Besatzungstruppe von 1000 bis 1500 Mann Vorkehrungen zu treffen.

R. Düsseldorf, 7. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Franzosen besetzen rheinabwärts auf Schiffen bewaffnete Truppen. Zwei Schiffe haben bereits Koblenz passiert. Mehrere weitere Schiffe sind angemeldet, in Oberkassel (gegenüber Düsseldorf) ist bereits ein belgischer General eingetroffen, dem voraussichtlich die Leitung des Vormarsches obliegen wird.

Eine Kundgebung des Reichspräsidenten.

R. Düsseldorf, 7. März. (Eigener Drahtbericht.) In den Nachmittagsstunden wurde hier folgende Kundgebung des Reichspräsidenten abgehalten:

Mitbürger!

Unsere Gegner im Weltkrieg haben unerhörte und unerfüllbare Forderungen an Geld und Gut an uns gestellt. Wir selbst nicht nur, auch unsere Kinder und Enkel sollen Arbeitspläne der Gegner werden. Durch unsere Unterschrift sollen wir einen Vertrag besiegeln, den auszuführen die Arbeit von Generationen nicht genügt hätte. Das dürfen und konnten wir nicht. Unsere Ehre, unsere Selbstachtung verbietet es. Unter offenem Bruch des Friedensvertrages von Versailles sind die Gegner zur Besetzung von weitem deutschem Lande geschritten.

Der Gewalt können wir Gewalt nicht entgegensetzen. Wir sind wehrlos, aber hinauszuweisen können wir es, daß alle es hören, die noch die Stimme der Gerechtigkeit erkennen:

Recht wird hier vertrieben durch Gewalt.

Mit den Bürgern, die Fremdberrschaft erdulden müssen, leidet das ganze Volk. Ehern zusammenschließen soll uns dieses Leid zu einigem Fühlen, zu einigem Wollen.

Mitbürger! Tretet der Fremdgewaltherrschaft mit erster Würde entgegen, bewahrt euren aufrechten Sinn, aber laßt euch nicht zu anüberlegten Taten hinweisen. Harret aus! Habt Vertrauen! Die Reichsregierung wird nicht eher ruhen, bis fremde Gewalt vor unserm Recht weichen muß.

Der Reichsanzwanger: Fehrenbach, Reichspräsident Ebert.

Ein Aufruf des Oberbürgermeisters.

R. Düsseldorf, 7. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Oberbürgermeister von Düsseldorf erläßt folgende Kundgebung:

An die Bevölkerung der Stadt Düsseldorf!

Die Besetzung Düsseldorfs durch die Truppenmacht der Entente soll nun doch zur Tat werden. Nach deutscher Auffassung widerspricht diese Besetzung den Bestimmungen des Friedensvertrages und wird unsere friedliche Stadt in schwere Bedrängnis bringen. Wir müssen und werden uns fügen. Ich fordere die Bevölkerung auf, den Einmarsch der Besatzungstruppen in Zurückhaltung und Würde hinzunehmen. Ueber den Zeitpunkt des Zutritts und über die Nationalität der besetzenden Truppen ist bis zur Stunde noch nichts Näheres bekannt. Kundgebungen sind selbstverständlich peinlichst zu vermeiden. Neugierige, Frauen und Kinder, von der Straße! Jeder einzelne trägt die Mitverantwortung dafür, daß die Besetzung ruhig und ohne Zwischenfälle verläuft. Oberbürgermeister Kötzgen.

Düsseldorf ruhig.

G. Düsseldorf, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) In Düsseldorf hat die städtische Verwaltung die Kasernen räumen lassen, um den fremden Truppen Unterkunft schaffen können. Für die Offiziere sind Hotels als Quartiere vorgelesen. Die städtische Schutzpolizei bleibt in Düsseldorf. Der staatlichen Polizei sind Notquartiere in den Schulen angewiesen. Ueber die Stimmung der Bevölkerung ist zu sagen, daß dieselbe äußerst ruhig und besonnen der Besetzung entgegensteht. Auch in Duisburg und Ruhrort werden Vorkehrungen für die Besetzung getroffen.

Ab Donnerstag neues Volkregime.

WTB. London, 7. März. Briand hat dem Reuterschen Bureau mitgeteilt, daß das neue Volkregime im besetzten Gebiet am Donnerstag in Kraft treten werde.

Das Triumphgeheul der Pariser Presse.

Paris, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Pariser Presse sucht durchweg den Bruch zu rechtfertigen und die deutsche Delegation und die deutsche Regierung ins Unrecht zu setzen. Die 'Republique française' sagt: 'Der gute Wille Lloyd Georges hat sich am Starren, an dem schlechten Willen unserer Gegner gebrochen. Der Übergang zu den Zwangsmassnahmen war das letzte Mittel der Alliierten. Der 'Globe' sagt: 'Die Entente hat den Geist der Veröhnung bis auf die Spitze getrieben und dennoch die Unterschrift der Deutschen nicht erreichen können. Dr. Simons hat seine eigene Unversöhnlichkeit übertrieben. Die Deutschen haben gewiß ihre Gebärde wohl überlegt. Sie hoffen zweifellos darauf, daß die sozialistische Internationale die Regierungen der Entente paralysieren werden, dieselbe behalten sich die an der polnischen Grenze konzentrierten Stotrupps eine Rolle vor. Allen die antilobische-wirtschaftliche Revolution in Rußland ist nicht dazu geeignet, ihre Pläne zu erreichen. Die roten Truppen sind jetzt im eigenen Lande zu sehr beschäftigt, um daran denken zu können, sich mit der Armee des Reiches zu verbinden und an den Rhein zu marschieren.'

Der 'Zeit' schreibt: 'Die Doppelmoralität, der schlechte Wille und die Unversöhnlichkeit der Deutschen, die, obgleich bästigt, als Sieger sprechen möchten und welche Bedingungen nicht akzeptieren oder erörtern, sondern auferlegen wollen, haben die Geburt der Entente endlich erschöpft. Die Verhandlungen sind abgebrochen und es ist in jeder Beziehung besser so. Damit der festen Haltung der französischen Regierung werden endlich unsere Interessen gewahrt werden können.' Die 'Democratie nouvelle' schreibt: 'Die Entscheidung des Krieges fällt an den Herrn der Ruhr. Die Ruhr, das

ist die Marne.' Der 'Radical' sagt: 'Der Bruch ist von der deutschen Regierung selber provoziert worden. Die deutsche Regierung hat nicht nur nicht einen Teil der Schuld bezahlet wollen, sondern hat sogar gewagt, die Revision des Vertrages von Versailles in einem Hauptpunkt, die Reannexion von Oberschlesien zu verlangen.'

Der 'Kappel' schreibt: 'Wir müssen den Bruch der Londoner Verhandlungen ohne Heberhäufung, ohne Entrüstung und ohne Furcht aufnehmen. Wir müssen die abscheuliche Zweideutigkeit, die auf der Welt lastet und den Sieg zum Bankrott führte, vor allem aus der Welt schaffen. Die Entente hat die deutsche Mentalität vollkommen falsch verstanden, sowohl beim Waffenstillstand, als auch beim Versailler Vertrag. Man hätte Deutschland zurückföhren sollen: sobald Deutschland schonend behandelt wurde, dachte es an nichts anderes, als an die Revanche, an eine diplomatische und an eine militärische. Der Erfolg Briands ist brillant und die deutsche Absicht auf eine Spaltung der Entente ist gescheitert.'

Die 'Victoire' sagt: 'Der Bruch war nach dem Beweis des schlechten Willens, welchen Deutschland in den letzten Tagen gegeben hat, unermidlich. Die Deutschen wollten das Pariser Abkommen nur 5 Jahre annehmen und zudem noch unter dem Vorbehalt, daß Oberschlesien den Deutschen verbleibe. Unter diesen Bedingungen bleibt nichts anderes übrig, als die Zwangsmassnahmen zu ergreifen. Jetzt hat Marshall Koch das Wort.'

Von den Oppositionsblättern schreibt der 'Peuple': 'Da haben wir es nun! Mehr als 2 Jahre Waffenstillstand! Es ist zwar nicht gerade Krieg, aber der Aufruf zur Gewalt. 5 Jahre lang hat man den Vätern versprochen, daß dies der letzte Krieg sei. Man hat ihre Kräfte erschöpft bis zum Weißtoden und feierlich geschworen, daß das Ende ihrer Leiden die neue Zeit der Abklärung und des organisierten Friedens sein würde. Der Frieden war nie so unsterblich wie heute. Ein Alarm folgt dem andern. Es wurde mit den Säbeln geraffelt, mit den Fäusten auf den Tisch geschlagen. Wir ruhen dem ein Haß entgegen. Neue Ruinen werden die alten nicht reparieren.'

WTB. Paris, 7. März. Die Nachricht aus London wurde in den Wandelgängen des Senats ungeduldig erwartet, alle Senatoren hatten sich zu diesem Zweck eingefunden. Als die Nachricht bekannt wurde, daß die Alliierten in vollem Einmühen die Verhandlungen abgebrochen hätten, bemächtigte sich der Senatoren eine große Erregung. Der Abbruch der Verhandlungen wurde einstimmig genehmigt und Briand wurde allgemein gelobt.

Gegen einen neuen Krieg.

Paris, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Die sogenannte sozialistische Partei, die französische Gruppe der kommunistischen Internationale, veröffentlicht heute einen Aufruf gegen die Gefahren eines drohenden neuen Krieges. Dieser Aufruf wendet sich mit unerhörter Schärfe gegen die Londoner Konferenz und gegen die Pariser Beschlüsse und gegen den Versailler Vertrag, und stellt der Regierung und dem Kapitalismus in Aussicht, daß das französische Proletariat die Gefolgschaft auf einen neuen Krieg verweigern werde.

Sperrung der ober-schlesischen Grenze.

WTB. Breslau, 7. März. Mitteilung des Polizeipräsidenten. Auf Anordnung der internationalen Kommission ist die ober-schlesische Grenze vom Mittwoch, den 9. März, morgens 8 Uhr ab gesperrt. Die Schiffe erhalten weiter das Wasser; ebenso gelten die Ausweise für die Eisenbahnen weiter. Bei Todesfällen und schweren Erkrankungen in der Familie ist der Chef des internationalen Polizeibüros in Duppeln ermächtigt, die Einreiseerlaubnis zu erteilen. Es empfiehlt sich, die Einreiseerlaubnis telegraphisch zu beantragen. Das Wasser wird von dem für den Wohnort des Gesuchstellers zuständigen französischen Konsulat erteilt.

Rückgängigkeit des Ueber-schlesienabkommens in Oberschlesien.

d. Kattowitz, 7. März. (Eig. Drahtbericht.) Wie im west-schlesischen, so hat auch im ober- und niederschlesischen Kohlengebiet die Arbeitnehmerschaft das Ueber-schlesienabkommen gekündigt, so daß die Kohlenförderung wieder vermindert wird. Die Arbeiterorganisationen begründen diese Maßnahme damit, daß gegen das Verhalten der Reichsregierung in der Sozialisierungsfrage protestiert werden soll.

WTB. Teutchen, 8. März. In einer Versammlung der ober-schlesischen Volkspartei kam es gestern zu Tumulten und Tüchlichkeiten. Mehrere Personen erlitten leichte Verletzungen. Eine französische Truppenabteilung säuberte die Straßen. Gegen Abend fanden im Schützenhaus Zusammenkünfte statt, die einen blutigen Verlauf nahmen. Mehrere Polizisten wurden schwer mißhandelt und entwannt, mehrere Zivilpersonen schwerer verletzt. Eine Abteilung Franzosen stellte die Ruhe wieder her. Sämtliche Gasthäuser müssen auf Anordnung der internationalen Behörden um 9 Uhr schließen.

WTB. Duppeln, 8. März. General Lerond ist am Samstag hierher wieder zurückgekehrt und wird seine Tätigkeit wieder aufnehmen.

Ein General von den Sinnfeinern erschossen.

d. London, 8. März. (Eig. Drahtbericht.) Der englische Brigadegeneral, der sich auf einer Reise durch die Grafschaft Cornwall befand, wurde von den Sinnfeinern erschossen. Das Verbrechen, in dem er sich befand, wurde von den Sinnfeinern durch einen über die Straße gegangenen Graben angefaßt und dann erdrosselt die Sinnfeiner das Feuer. Der Kampf dauerte über zwei Stunden, bis Verletzungen antamen. Der General wurde von mehreren Kugeln getroffen.

Diese Art der Lebensversicherung ist fast überall im Schwang. Und wer — gläubig oder ungläubig — freut sich nicht, wenn der Ruckid in recht glänzendem Rufen eine hohe Prämie für langes Leben gibt? Die Bauernmädchen in den nördlichen Staaten denken, wenn sie das Ruckidsozial betragen, weniger an Leben und Sterben als an — Heiraten. Antwortet der Ruckid auf die Bedingungsfrage ein oder zweimal, dann hat sein Ruf Wahrheitseglung. Ruckt er aber zehnmal oder gar hundertmal 'Ruckid' vor, dann — sitzt der dämonische Vogel auf einem veränderten Zweig und das Heiratsverbot für die nächsten Jahre gilt nicht. Der Dichtologe Tiek fand bei dem Sterben den Glauben, daß der Ruckid ein 'Rumpelstilzchen' ist, in dem die Seele eines Verstorbenen wohnt. Darum finden sich auf dem weissen jenseitigen Grabdenkmälern so viele Ruckids abgebildet, als Angehörige um den Toten trauern und auf die Ruckidsozialverwandlung der Seele warten. Die Griechen sind auf den Ruckid besonders gut zu sprechen, und wer nach Argos kommt, kann dort beim Besuch des Herakles zu hören bekommen, daß in der prächtigen Marmorballe einst eine Statue der Hera stand, deren in der Hand gehaltenes Zepter an der Spitze einen goldenen Ruckid trug. Dies sei ein Gedächtnis an eine Liebhaft Zeus', der als Ruckid eine Jungfrau überlistet hat, die arglos mit dem vermeintlich harmlosen Vogel spielte.

Auch auf der Bühne ist der Ruckid erschienen! Kein Geringerer als Shakespeare hat ein Lustspiel gemacht und auf die Bühne gebracht (1598), in welchem der als Ruckid personifizierte Frühlings über eine tragende Gule — Winter liegt.

Wenn der Ruckid ruft, erwachen die Lieber des Lenzes, die Erde feldet sich von Neuem in ihr jungfräuliches Kleid, die Blumen sprechen aus dem Boden zu einem buntgeflückten Teppich...

Der Dichter singt mit Recht:

„Dir ruht ein eigenes Metall,
O Ruckid, in der Kehle,
„Dum hebt den Laut, wie Glodenschall,
„Die hochsam, Hille Seele...“

Ein vierzehnjähriger Theaterkritiker. Durch die Indiskretion eines Unberufenen ist in Darmstadt ein eigenartiger Fall aufgedeckt worden. Es handelt sich in gewissem Sinne um einen 'Theater-Standal'. Nämlich um den jugendlichen Kritiker Tujchmann, der jetzt 14 Jahre alt ist. Er schreibt seine Kritiken seit 2 1/2 Jahren, hat also mit 1 1/2 Jahren das schwere und verantwortungsvolle Amt eines Kritikers übernommen. Er übt es nach seiner Angabe für hiesige und auswärtige Blätter aus. Er bezog seit längerem von der Intendantz die üblichen, den Kritikern zur Verfügung stehenden Karten, bis er durch sein und seiner weis-

Aus Baden.

Die Vereinigungsfrage Baden-Württemberg.

Der Bürgerausschuß in Schramberg hat beschlossen, den Bürgermeistern von Donaueschingen aufzufordern, die Grenzstädte von Baden, Württemberg und Hohenzollern zu einer Tagung einzuladen, um die Fragen der Vereinigung von Baden, Württemberg und Hohenzollern zu besprechen und eine entsprechende Entscheidung an die zuständigen Stellen abzugeben.

Förderung des Wohnungsbaues.

Die feiner Zeit bekanntlich den Gemeindebehörden gegebene Befugnis, Räume in Neubauten zu beschlagnahmen, hat nach den gemachten Erfahrungen in starkem Maße hemmend auf den Anreiz zur Herstellung neuer Wohnungen gewirkt. Da jedoch wegen des außerordentlichen Wohnungsmangels die Neubautätigkeit in jeder Weise gefördert und unterstützt werden muß, hat das Arbeitsministerium, einem Erlaß des Reichsarbeitsministeriums entsprechend auf Grund des § 9 der Reichsordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel angeordnet, daß Räume in solchen Neubauten, welche nach dem 1. Januar 1921 baupolizeilich genehmigt worden sind oder noch genehmigt werden, den Vorschriften der Reichsordnung des Arbeitsministeriums vom 2. August 1920 über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel und etwaigen auf Grund dieser Reichsordnung erlassenen Vorschriften der Gemeindebehörden nicht unterliegen. Hiernach darf demnach insbesondere eine Beschlagnahme solcher Räume nicht mehr erfolgen.

Die Anordnung bezieht sich sowohl auf Neubauten, welche mit Baudarlehen oder Baufestzuschüssen, als auf Neubauten, welche ohne solche erstellt werden. Ebenso finden die Vorschriften der Reichsordnung des Arbeitsministeriums über Mieterschutz vom 15. Juli 1919, worin für die Berechnung der Mietzinlinien unter Zurundelegung der Friedensmieten Richtlinien aufgestellt sind, auf die angeführten Neubauten keine Anwendung. Dagegen bleiben die Bestimmungen der Reichsordnung vom 23. September 1918 und dem 22. Juni 1919 in der Fassung des Gesetzes vom 11. Mai 1920 für diese Neubauten auch weiterhin in Geltung.

Aus dem Staatsanzeiger.

Das Justizministerium hat unterm 15. Februar d. J. den Oberstaatssekretär Friedrich E. P. bei dem Amtsgericht Karlsruhe zum Justizministerium und den Oberstaatssekretär Matthias R. bei dem Justizministerium zum Landgericht Konstanz berufen.

Das Ministerium des Innern und Unterrichts hat unterm 25. Februar d. J. den Oberverwaltungssekretär Kurt Rehler bei der Verwaltung des akademischen Krankenhauses in Heidelberg zum Kassier ernannt. Der leitende Kassier Hermann W. in Heidelberg ist auf weitere 6 Jahre zum Betan des Kirchenbezirks Mosbach gewählt und vom Oberrichteramt befristet worden.

Das Justizministerium hat unterm 15. Februar d. J. den Oberstaatssekretär Friedrich E. P. bei dem Amtsgericht Karlsruhe zum Justizministerium und den Oberstaatssekretär Matthias R. bei dem Justizministerium zum Landgericht Konstanz berufen. Rechtsanwalt Franz S. hat auf die Zulassung zum Landgericht Freiburg verzichtet und ist in der Stelle des Rechtsanwalts gelöst worden. Rechtsanwalt Ludwig S. hat auf die Zulassung zum Landgericht Mannheim verzichtet und ist in der Stelle des Rechtsanwalts gelöst worden.

Das Ministerium des Innern und Unterrichts hat unterm 25. Februar d. J. den Oberverwaltungssekretär Kurt Rehler bei der Verwaltung des akademischen Krankenhauses in Heidelberg zum Kassier ernannt. Der leitende Kassier Hermann W. in Heidelberg ist auf weitere 6 Jahre zum Betan des Kirchenbezirks Mosbach gewählt und vom Oberrichteramt befristet worden.

Stuttgart, 7. März. Das 7-jährige Söhnchen des Bahnarbeiters Martin Meißer sprang beim Ausweichen vor einem Straßenbahnwagen in ein Personenauto hinein, wurde überfahren und sofort getötet.

(Pforzheim, 6. März. Auch hier hat vereinzelt Krankheitsfälle vorgekommen, die man als Schlafkrankheit bezeichnet. Von einem epidemischen Auftreten kann nicht die Rede sein.

Dillweissenstein, 6. März. Der Männergesangsverein 'Freundschaft' in Dillweissenstein (Pforzheim) hält am 19. Juni ds. Js. sein 10-jähriges Stiftungsfest mit Gelangensfeier ab. Das Preisfest findet im Stadt Saal in Pforzheim statt und zerfällt in 4 Klassen. Als Auszeichnungen sind für jede Klasse 3 Preise, bestehend aus Geldbüchsen, Pokalen, Medaillen und Diplomen ausgesetzt; ferner kommt für jede Klasse ein Dirigentenpreis zur Verteilung. Je nach Beteiligung werden u. U. noch Preise erhöht oder neu eingesetzt. In Sängerkreisen dürfte diese Veranstaltung umso mehr Ansehen finden, als ein Sonntagsausflug in das an Natur Schönheit reichlich ausgestattete Ragobial gewiß vielen Sangesfreunden willkommen sein wird.

Buchthal, 7. März. Der Gründer und Seniorchef der weltlich bekannten Weinhandlung Christof Winter ist im Alter von über 90 Jahren gestorben. Mit Christof Winter ist der älteste Bürger von Buchthal aus dem Leben geschieden.

Mannheim, 7. März. Zu der Ermordung des Mannes einer Kraftwagenbesitzer Bauer und seines Chauffeurs durch zwei Mannheimer und einen Frankfurter Burden werden noch folgende Einzelheiten gemeldet. Die drei Täter sind bei etwas über 10-jährige Kaufmannslehrling Willi Frisch, der 17-jährige Schlosserlehrling Rudo Englert, beide von Mannheim, und der ebenfalls 17-jährige Oberrealschüler Eugen Kieger von Frankenthal. Am 11. Febr. hatte der Kaufmannslehrling Willi Frisch bei seinem Lehr-

Wenn der Ruckid ruft...

Von Karl Meitner-Hedert.

Nächst der Nachtigall ist wohl kein anderer Vogel so allgemein im Volkslied gefeiert worden, wie der Ruckid. Der Deutsche begrüßt den deutschen Frühling mit dem bekannten 'Ruckid! Ruckid! rufst aus dem Wald!', der Engländer summt das altenglische Liedchen: 'Sommer ist gekommen, hören, hör' ich doch den Ruckid schrei'n!', der Grieche hat für den Ruckidgruß langbare Beilen, die Serben haben sogar ein Gebetslied, welches sie angentlich flüstern, wenn sie den Ruckid rufen hören, — der Ruckid ist der rechte Vogelstourist, der überall zu finden ist, der in Europa denselben Gelangensstudien obliegt wie in den anderen Weltteilen: 'Ruckid! Ruckid!' Daß der Ruckid ein feiger und scheuer Vogel ist, das wissen wir, wir wissen auch, daß er ein Erzfeind ist, der die bekannten 'Ruckidseier' nicht nur von der Feldtaube und Lerche, sondern auch von der kleinen Grasmücke ausbrüten läßt, und überdies die Freiheit besitzt, in fegelfaßter Weise den Kindern seiner Ziehmutter das tägliche Brot vor dem Schnabel wegzuschleppen. Weniger bekannt ist, warum wir statt des 'Hol' dich der Teufel!' den feineren Ruf 'Hol' dich der Ruckid!' wählen und damit Belzebub und den eintönigen Frühlingssänger in enge Verwandtschaft bringen. Diesen zweifelhaften Rufan verdankt der Ruckid dem Märchen, das ihn zum Opfer des Jornes des Heilandes macht: Christus ging einst an einem Wädelader vorbei und hat den Wädel um ein Brot. Der reiche, geizige Wädel sah die Bitte ab, aber die Frau und die Töchter des reichen Meisters, die eben Fränkchen hatten, schoben dem Heiland heimlich ein Brot zu. Dafür wurden nach ihrem Tode die Frau mit den sechs Töchtern als Siebengestirn am Himmel gesetzt, während den Wädel der Wädelstuch traf, als Vogel verwandelt in aller Welt umherzufliegen, und jedem Menschen zuzurufen, daß er der Ruckid sei. Das ist die alte Sage, die noch dahin ausgehandelt wurde, daß man heute noch erkennen kann, daß der Ruckid einst Wädel gewesen sei, denn sein Gesieder trägt noch immer die Spuren des Wädelstubes. Wädel und Ruckid hängen nach anderem Volksglauben dadurch in Zusammenhang, daß einst in der Zeit der Hungersnot, geizige Wädel von dem Teufel, der ihnen zum Brotbäcken anvertraut war, heimlich weggenommen und erkannt waren, als sie das Brot, das durch die Güte Gottes im Backofen doppelt groß geworden war, aus dem Ofen nahmen und das Wunder erblickten, ausriefen: 'Guck! guck! Das Brot ist gewachsen!' Noch heute besteht in vielen deutschen Gegenden der Frageruf:

Ruckid! Ruckid!
Sag mir recht:
Wieviel Jahr ich leben soll?

Handels-Zeitung der „Badischen Presse“

Aus der Handelswelt.

Einstellung der oberheinischen Schifffahrt. Die langanhaltende trockene Wetterperiode hat zu einem so großen Rückgang des Wasserstandes geführt, daß die Schifffahrt auf dem Oberrhein eingestellt werden mußte, was für die südwestdeutsche Industrie zu einem Schaden wird. Besonders wird dadurch der Kohlenbezug verteuert.

Zahlungseinstellung. Die Automobil- und Maschinenfabrik Konstanzer Überwindungen G. m. b. H., Konstanz, hat ihre Zahlungen eingestellt; das Konkursverfahren wurde eröffnet.

Reichsausstellung für Kolonialwaren und Lebensmittel in Frankfurt a. M. Haus Offenbach. Der Reichsverband der Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler G. B. mit dem Sitz in Berlin hat beschlossen, in Verbindung mit seiner diesjährigen Hauptversammlung in Frankfurt a. M. eine großangelegte Ausstellung in der Woche vom 21. bis 27. August 1921 zu veranstalten, die Nahrungsmittel und Genussmittel, Tabakerzeugnisse, Weine und Spirituosen, Materialwaren, Erzeugnisse der chemisch-technischen Industrie und Maschinenausrichtungen umfassen wird, soweit sie mit den genannten Gruppen in Beziehung treten. Aber auch Erzeugnisse verwandter Branchen sollen gezeigt werden, wie z. B. Laden- und Schauenseinrichtungen, Verpackungsmittel, Reklamemittel usw. Die gesamte technische Durchführung ist dem Wegamt für die Frankfurter Internationalen Messen übertragen worden. Die vorbereitenden Arbeiten sind bereits in vollem Gange.

Kaiser-Friedrich-Duelle A.-G. Offenbach a. M. Die H.-S. genehmigte den Abschluß und nahm die Neuwahl zum Aufsichtsrat vor. Im Geschäftsjahre 1920 ist der Umsatz bedeutend zurückgegangen. Die Dividende von 20 Proz. aus A. 371 874 (341 883), die genehmigt wurde, ist der früheren vorsichtigen Finanzierung zu verdanken. Abgeschrieben werden A. 162 088 (90 839) und vorgetragen A. 35 526 (22 930). Die Gesellschaft beabsichtigt unter Verwendung des Mineralwassers ein Produkt der Limonadenfabrikation einzuführen, um den Absatz einigermaßen halten zu können.

Robert Bofsch, Stuttgart. Vom 24. März bis 24. April wird der Betrieb wegen Arbeitsmangel geschlossen. Im Laufe des letzten Jahres hat sich der Beschäftigungsgrad bei Bofsch folgendermaßen gestaltet. Die Gesamtzahl der Beschäftigten ist von 5281 am Beginn des Jahres auf 5359 am 1. April und weiter auf 6428 am 1. August gestiegen, und am 1. Oktober aber auf 6194 und bis Jahresabschluss auf 5121 wieder zurückgegangen. Ueber die Geschäftslage im letzten Vierteljahr berichtet die Verwaltung: Im Allgemeinen ist über unsern Geschäftsgang im letzten Vierteljahr 1920 zu sagen, daß er sich nicht ganz so schwer und drückend für uns gestaltet hat, wie wir am Ende des Berichtes über das dritte Vierteljahr 1920 befürchten zu müssen glaubten. Im Bestellungsengang war sogar eine leichte Zunahme zu beobachten. Erfreulich ist, daß sich die Beziehungen mit dem Ausland, besonders auch mit Übersee, in den letzten Monaten etwas besserten. Die Zahl der bei unserer Firma beschäftigten Angestellten und Arbeiter hat sich in den Monaten Oktober bis Dezember etwas vermindert. Wir glauben jedoch annehmen zu dürfen, daß wir mit dem heutigen Umfang unseres Werkstättenbetriebes über die nächsten Monate hinwegkommen werden.

Das neue Preßhelfensinstitut. Dem nunmehr zustande gekommenen neuen Preßhelfensinstitut waren bis 5. März 93,4 Proz. aller Fabrikanten durch Unterschrift beigetreten. Der Abschluß ist daraufhin erfolgt. Das neue Syndikat wird als G. m. b. H. gegründet und wird die Preisbildung und die Absatzförderung übernehmen und wahrheitsgemäß kräftiger sein, als der frühere Verband, dem zum Schluß ca. 20 Proz. Außenleiter gegenüberstanden. Die Hefevertriebsstellen werden von dem neuen Syndikat in die Fabriken zurückverlegt.

Nationalistische Vieh-Versicherungs-Gesellschaft zu Dresden. Die ordentliche Generalversammlung genehmigte den Jahresbericht über das 33. Geschäftsjahr. Die Versicherungssumme und Prämienentnahme haben sich mehr als verdoppelt; erstere stieg von A. 33 631 804

im Vorjahre auf A. 70 445 192, letztere von A. 1432 883 im Vorjahre auf A. 2 900 965. Die Zinserträge aus den Kapitalanlagen betrugen sich auf A. 110 087, wovon die 10prozentige Kapitalertragssteuer bereits abgesetzt ist. In Kursgewinnen sind A. 47 151, an Erlös aus vermerktem Vieh A. 179 015 vereinnahmt. Die Schäden erforderten A. 1 187 785. Die Verwaltungskosten stellten sich auf 12,9 Proz. der Gesamteinnahmen, sind also im Verhältnis zu der allgemeinen erheblichen Steigerung der Unkosten als sehr mäßig zu bezeichnen. Der Reservefonds einschließlich der Prämienreserve und Spezialreserven erhöhte sich von A. 2 247 697 auf A. 3 734 092, die einströmenden Kapitalanlagen von A. 2 373 449 auf A. 3 907 894. Der Ueberschuß beträgt A. 187 356, derselbe wird voll zur nachträglichen Erholung der Normalenbeschäftigungsquote auf 90 Proz. der Versicherungs- resp. Tarfsumme verwendet, während die Entschädigungsquote sonst in der Viehvericherung meist 90 Proz. nicht übersteigt. Die bisherige Versicherungssumme beläuft sich auf A. 357 173 232, die bisherige Entschädigungssumme einschließlich Vieherlös auf A. 11 131 403. Die Resultate der ersten zwei Monate des neuen Geschäftsjahres sind weiter als sehr günstig zu bezeichnen und lassen auf eine fernere vorteilhafte Entwicklung der Gesellschaft schließen.

Vordemmerlicher Markt. In der unter dem Vorsitz von Dr. Hans Jordan abgehaltenen Hauptversammlung waren 67 980 Stimmen vertreten. Die Kapitalerhöhung um 120 Mill. Mark wurde genehmigt. Die neuen Aktien sind ab 1. Januar 1921 dividendenberechtigt und sollen den Aktionären 1 zu 1 zu 100 Proz. angeboten werden. Die Kapitalerhöhung wurde beschlossen mit der Aufgabe des Nebenrausens der Marke. Die große Mittel erfordert die Vergrößerung des Reichs an die Reberien. Man hoffte, mit nicht miteigelt werden, weil die Angelenheit beim Reichstea liege. Ueber die Ausichten teilte Generaldirektor Stimmung mit, man hoffe, mit einigen euenen Dampfern im laufenden Geschäftsjahr in die transatlantische Fahrt eintreten zu können. Im Abriau sei von den Beteiligten bei anderen Gesellschaften und dem Abkommen mit amerikanischen Gesellschaften zu erwarten, daß sie eige aut Verzinsung des Kapitals herbeiführen und die Stäfte loben würden, die man auf dieses Abkommen verhandelt habe. In den Aufsichtsrat wurden neuwählbar Senator Böhmer, Graf Densel v. Donnerstern, Herr Rodenwald in Bremen sowie Senator Schröder in Bremen. Herr Philipp Heineken wurde zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt.

Wirtschaftspolitisches.

Anteil des Reiches an dem Reingewinn der Reichsbank. Auf Grund des Durchschnittsergebnisses der Vorjahre wird der Anteil des Reiches an dem Reingewinn der Reichsbank für 1921 mit 430 Millionen A. angenommen, das sind 80 Mill. A. mehr als 1920 erwartet wurde.

Von den Warenmärkten.

St. Sinken der Vieh- und Fleischpreise. Die seit 5 Monaten bestehende freie Fleischbewirtschaftung hat die Fleischversorgung des Deutschen Volkes wesentlich besser gestaltet als unter der Zwangswirtschaft. Der Anstich von Schlachttiere aller Gattungen zu den Viehmärkten hat sich von Monat zu Monat vergrößert und auch die Preise sind, insbesondere in letzter Zeit, wesentlich zurückgegangen. Auf den Schweinemärkten hat sich geradezu ein Preissturz bemerkbar gemacht und während noch vor Monaten für 100 Pfund Lebendgewicht 1600—1800 A. und mehr bezahlt wurden, sind die Preise heute auf 900—1300 A. heruntergegangen.

In vielen Städten ist man mit den Kleinverkaufspreisen bereits ebenfalls heruntergegangen und es steht zu erwarten, zumal das kommende Frühjahr noch viel Schlachttiere Schweine auf den Markt bringen wird, daß die Preise noch weiter sinken werden, und im Interesse der bedrängten Bevölkerung sollte man überall die Verkaufspreise mit den Schlachttierpreisen in Einklang bringen.

Auch die Preise für ausländisches Geflügel sind entgegen einer kürzlich erfolgten Meldung der Reichsfliegelei wesentlich zurückgegangen. Ebenso amerikanischer, gefahener fetter Sees, der noch vor wenigen Monaten 18—20 A. per Pfund kostete, ist heute für 12—14 A. pro Pfund zu haben.

Mannheimer Viehmarkt vom 7. März 1921. Zum heutigen Viehmarkt waren zugetrieben und wurden pro Zentner Lebendgewicht gehandelt: 119 Ochsen zu 550—900 A., 158 Bullen zu 500 bis 550 A., 455 Rinder und Kühe zu 300—900 A., 128 Kälber zu 700—900 A., 99 Schafe zu 400—700 A., 323 Schweine zu 1100—1300 A. — Die Tendenz im Großviehhandel war ruhig, der Markt wurde nicht geräumt, der Kälberhandel war mittelmäßig. Der Schweinehandel war ruhig, doch wurde der Markt geräumt.

Mannheimer Pferdemarkt vom 7. März. Zugetrieben waren 30 Luxuspferde, die zu 10 000 — 28 000 A. gehandelt wurden, 259 Arbeitspferde zu 8—28 000 A., 25 Schlachtpferde zu 2000—5000 A. Die Tendenz für Luxus- und Schlachtpferde war ruhig, der Handel in Arbeitspferden mittelmäßig.

Mannheimer Produktienbörse vom 7. März. Die von Regierungen seitens erfolgte Verbilligung von Mais läßt das Geschäft in diesem Artikel immer mehr zusammenkrumpfen. Dazu kommen die wenig günstigen Ausichten der politischen Lage, sodaß eine allgemeine Zurückhaltung vorherrschte. Notiert wurden: Mais gelber La Plata 310, neuer inländischer Rottelkorn 900—1500, italienischer Luzerne 2600—3200, provenzalische Luzerne 2400—3000, Widen 200—220, Erbsen inl. 230—280, Futtererbsen 220—240, ausländische Erbsen 220 bis 2500, Rangoon-Bohnen 235, Brasilbohnen 130, Linien inländisch 350—400, ausl. 300—400, Ackerbohnen 230, Weizen 80—84, Rotklee 100—110, Luzerne-Klee 95—110, Weizenstroh 50—52, gebundenes Stroh 44—47, Bierertrab 160—170, Leinwand 600—650, alles pro 100 Kilogramm, wagnonfrei Mannheim, einschließlich Sack.

Frankfurter Schlachttiermarkt vom 7. März. Auf dem Viehmarkt letzte sich der Preisrückgang für Schweine fort. Er beträgt ungefähr bis 150 A. das Pfund, bei einem Auftrieb von 913 Stück. An Großvieh waren zusammen 685 Stück, darunter 125 dänische, zugetrieben. Der Handel vollzog sich durchweg in gedrückter Haltung. Schweine wurden bei den gesunkenen Preisen ausverkauft.

Frankfurter Getreidebörse vom 7. März. Die Stimmung an der Getreidebörse war unter der Einwirkung des Rückgangs der Devisenkurse recht flau. Die Umsätze waren im ganzen nicht sehr umfangreich, wenn gleich vielfache Angebote vorlagen. Burma-Reis war zu A. 4.10, Greening-Reis zu A. 3.60 für das Kilo angeboten. Bei einer Linsenernteigerung wurden A. 5 für 1 Kilogramm erstellt. Rangoon-Bohnen kosteten A. 1.55, Erbsen, gute Sorten, A. 2.25 für das Kilo. In Heu war die Geschäftslage recht flau, dagegen rogen Kartoffeln an.

Börsenberichte.

Frankfurter Abendbörse vom 7. März. Trotz neuer Besorgnis-erregender Meldungen aus London zeigt sich die Abendbörse auch auf den deutschen Märkten ziemlich widerstandsfähig und eher fest. Auslandswerte konnten leicht anziehen, da auch die Devisen sich leicht nach oben bewegten: Dollarnoten 60%, Goldmexikaner 66%, Silbermexikaner 63%, Frigationsanleihe 459, Baltimore 440, alles leicht befestigt. Auf den deutschen Aktienmärkten zeigt sich gleichfalls die Haltung fest: Monnesmann 572½ plus 4%, Rheinthal 402 plus 7, Badener dagegen heute abend leicht abgemindert 603. Auch Elektrizität sind weiter fest, scheinbar auf Wiederaufbauhoffnungen hin: A. G. 280, Bergmann 317. Die Befestigung hält auch auf dem Rohwertmarkt an auf Gerichte hin über neue Kanaltelserhöhungen in der Anstaltgruppe: Höchst 414, Scheideanstalt 502. Von Maschinen notieren Daimler 250 plus 4. Auch Frankfurter Hof ist mit 457 an gehalten. Im Freiverkehr hört man Sichel 680, Benz 230, Hanja 127, Holmann 319.

Remontier-Schlusskurse vom 7. März. Deutschland 1,63, Belgien 7,54, England 3,89% (stelegraphische Auszahlung 3,90%), Holland 34,25, Italien 3,63, Spanien 30,91, Dänemark 16,70, Frankreich 7,18.

Wasserstand des Rheins vom 3. März morgens 6 Uhr: Schifferinsel: 0,14 m, 5 cm gefallen; Kehl: 1,15 m, 8 cm gesiegen; Nagau: 2,66 m, 1 cm gefallen; Mannheim: 1,49 m 3 cm gefallen.

Liederhalle Karlsruhe.
Sonntag, den 13. März 1921, nachm. 1/4 Uhr, im großen Saal der städt. Festhalle

L. v. Beethoven
Adagio aus der IV. Symphonie
Messe C-dur

Fr. Liszt Der 13. Psalm.
400 Mitwirkende:
Lotte Lange-Bake (Sopran), Kathinka Neugebauer-Peetz (Alt), Helmut Neugebauer (Tenor), Max Büttner (Baß), das Orchester des bad. Landes-theaters, der Liederhalle Männer- u. Frauenchor.

Eintrittskarten zu 2,50 bis 10 Mk. (ohne Steuer usw.) in den Musikalienhandlungen: Fritz Müller, Kaiserstr., Ecke Waldstr. — Tel. 288 u. Fr. Doort, Kaiserstr., Eingang Ritterstr. — Telefon 688. Die für 12. März vorgesehene Veranstaltung wird verschoben. 3769

Tierjugverein Karlsruhe.
Die 45. ordentl. Hauptversammlung des Tierjugvereins Karlsruhe findet am Mittwoch d. 9. März d. J. abends 8 Uhr, im Nebenraum der „Vier Jahreszeiten“, Obelstr. 21 statt, mit folg. Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Bericht des Kassierers (Jahresrechnung).
3. Entlohnung d. Vereinsvorstandes u. Beamten auf Grund des Berichtes d. Rechnungsprüfer.
4. Neuwahl des Vorstandes.
5. Wahl zweier Rechnungsprüfer.
6. Anträge und Wünsche.

Wir laden unsere Mitglieder und Freunde des Tierjugvereins hierzu herzlich ein.
Karlsruhe, den 10. Februar 1921.
Der 1. Vorstand: Friedrich Borret.

Bund der Techn. Angestellten u. Beamten Ortsgruppe Karlsruhe.
Mittwoch, den 9. März, abends 8 Uhr, Rest. „Woininger“ (Gartenaal)

Mitglieder-Verammlung.
Tagesordnung:
1. Wahl der Delegierten zum Bundesstag in Berlin.
2. Besrat des Geschäftsführers des Ver-meiner-Verbandes Herr Sinnwell über: Grundzüge der freigewerkschaftlichen Bewegung.
3. Verschiedenes.

Zur Wahl muß das Mitgliedsbuch mitgebracht werden. Wahlrecht bedeutet Wahlrecht!
Ter. Vorstand.
3782

Montag, den 8. März 1921.
Landestheater. Konzerthaus.
Volksbühne M 2
Francois Villon. Die Stützen der Gesellschaft
7 bis geg. 10 Uhr. 17 A

D. H. V. Gewerkschaft kaufm. Angestellten
Sämtliche ständige und fahrende Mitglieder (Ehemalige Stütz-Ehren) laden wir hiermit zu einer wichtigen Versammlung auf Donnerstag, den 10. März 1921, abends 1/4 Uhr, im „Woininger“, Röntgenstr. 11, ein.
Der Vorstand.
3788

Prinz Kuckuck

Was ist Prinz Kuckuck?
Das bedeutendste Werk Otto Bierbaums. Die Sensation des Jahres.

Wo spielt Prinz Kuckuck?
In den Höhlen des Lasters. In den Palästen der Kurtisanen. Auf den Kanälen Venedigs. Auf den Boulevards Europas.

Was bringt Prinz Kuckuck?
Unerhörte Sensationen. Atem-rauhende Geschehnisse. Packende Massenszenen.

Was zeigt Prinz Kuckuck?
100 Dekorationen, wie sie in einem deutschen Film noch nie gezeigt wurden, nach den Entwürfen des bekannten Malers Paul Leni.

Wer spielt im Prinz Kuckuck?
Erstklassige Kräfte, die ihrer Aufgabe voll und ganz gewachsen sind: Conrad Veidt, Niels Prien, Olga Limburg, Magnus Sjöter, Marg. Kupfer, Paul Biensfeld, Hanna Ralph.

Wo spielt Prinz Kuckuck?
Ab heute im 3789

Union-Theater.

Badischer Auswandererverein, Versammlung
Mittwoch abends 8 Uhr, „Woininger“, Röntgenstr. 11. Interessenten willkommen. Der Vorstand.
3787

Palast-Theater
Moderne Lichtspielbühne
Herrenstrasse 11. Ruf 2502.

Heute letzter Tag!

I. Alb. Bassermann
in seinem neuesten aufsehenerregenden Filmwerk
Der Frauenarzt
Drama in 5 Akten.

II. Die Diamantenfalle.
Filmdrama in fünf Akten.
Hauptrollen: 3790

Mia Pankau
Meinhard Maur
Charles Willy Kaiser.

Restauration z. Künstlerhaus.
In den Restaurations-Lokalitäten
täglich abends 3795

Künstler-Konzert.

Druckarbeiten werden rasch und sauber angefertigt in der Druckerei der „Badischen Presse“

„Café Hildenbrand“
Telefon 322. Frz. Wegand. Waldstr. 8.
Heute abend 8 Uhr:
Großes Sonder-Konzert
mit verstärkter Kapelle. 3784

Einkaufsgenossenschaft d. Beamten u. Staatsarbeiter
in Baden m. b. H., Sitz Karlsruhe.

Grosser Räumungs-Verkauf
in
Herrenanzügen u. Schuhwaren!

zu bedeutend herabgesetzten Preisen!

Wegen Aufgabe und Räumung unseres Lagers in Ia. Herrenkonfektion (bei guten Stoffen und bester Verarbeitung) sowie guten Herren-, Damen- und Kinderstiefeln veranstalten wir bei bedeutend herabgesetzten Preisen — teilweise bis zu 50% — einen Sonderverkauf.

Herren-Anzüge
in der Preislage von Mk. 250.— bis Mk. 800.—

Herren-Stiefel
in der Preislage von Mk. 100.— bis Mk. 198.—

Damen-Stiefel
in der Preislage von Mk. 100.— bis Mk. 190.—

Kinder-Stiefel
in der Preislage von Mk. 60.— bis Mk. 150.—

Genossenschaftler, gewerkschaftlich organisierte Angestellte, Arbeiter und Beamte!

habt Euch diese äußerst günstige Gelegenheit nicht entgehen, ohne Lager Verkauf täglich von 8—12 Uhr und 2—6 Uhr in unserem Lager 3771

Karlsruhe, Alter Bahnhof, Kriegsstraße 7.
Eingang von der Bahnsteigseite. Mitgliedkarte mitbringen.

Damenhüte, Partie, garnierte, in Semi und Seide, Stück 26, 45/51/1 empfindl. Damenp. 47/17/1 an d. Bad. Bräu. Molientstraße 47.

Schneiderin
nimmt noch Kundenbänder an. Gebt auch auswärts. Knob. unter 44117/1 an d. Bad. Bräu. Straße und Metzger 3. Ausbessern werden angenommen bei Haus, Raugartenstr. Nr. 28, 2. Etod. 289051

Ein größerer Posten Rietern- u. Cannelholz
zu verkaufen, gute trocken. 35/30, 24, 18, 15 mm stark oca. Ana. 12/12

Philipp Wögle, Erbknecht, Bismarckstraße 20.

Das Licht der Heimat.

Roman von August Hinrichs.

Dierk hatte am Nachmittag die geladenen Gäste hinausgeführt nach dem Bagger, der seine Sommerarbeit getan hatte, nun aber noch einmal sein eisernes Getriebe spielen ließ und mit wuchtigen Schaufeln hinabgriff in den unergründlichen Vorrat der Natur.

war, und nicht befriedigt. Die Kräfte waren berechnete, die Spannungen sorgsam gemessen, die ungeheueren Mächte von Feuer und Wasser in sicheren Schranken verwahrt.

Während die Gäste sich unten um Sommer scharten, der ihnen die Wunder der Marmorwand erklärte, nahm Dierk leise die Hand seiner Mutter und führte sie hinauf auf die hohe Plattform des Hauses.

Unterfertigte erfüllt hiermit die traurige Pflicht, ihre sämtlichen A. H., A. H. u. i. a. B., i. a. B. von dem am 5. März 1921 in Frankfurt a. M. erfolglichen plötzlichen Absterben ihres lb. i. a. B. 3804

Richard Keul aktiv 1912. Die Beerdigung findet in Frankfurt a. M. am Mittwoch, den 9. März 1921, 1 Uhr nachm. statt.

Statt besonderer Anzeige. Verwandten, Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß unsere liebe, treubesorgte Mutter, Grossmutter, Schwester und Tante

Danksagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem Heimgang meines lieben Gatten, unseres unvergesslichen Vaters

Statt Karten. Die VERLOBUNG unserer Kinder Liesel und Hans zeigen wir ergebenst an. Gieseler Breittling beehre ich mich anzuzulagen. Hans Pfeifer.

Otto und Lilly Loewenthal geb. Gutenstein zeigen die Geburt ihres Sohnes HANNS HEINZ an. Karlsruhe, den 6. März 1921.

Städt. Fischhalle. Am Dienstag trifft ein weiterer Banaan Seefische ein und verkauft zu den billigsten Preisen.

Statt Karten. Meine Verlobung mit Fräulein Gieseler Breittling beehre ich mich anzuzulagen. Hans Pfeifer. Karlsruhe, März 1921. B7939

Ein Fräulein das die höhere Schulbildung genossen hat, mit etwas musikalischen Kenntnissen u. das nähen kann, zum sofortigen Eintritt

Stellengeluche. Junger Hochbautechniker mit 3 Semestern Staatsdiplomium sowie mit Bau- u. Schiffsbaukenntnissen

Wohnungstausch. Wohnm. m. el. Licht, gegen eine 2 od. 4-Z. Wohnung. Angeb. unter Nr. 311600 an die 'Bad. Presse'.

Wohnungstausch. Wohnm. m. el. Licht, gegen eine 2 od. 4-Z. Wohnung. Angeb. unter Nr. 311600 an die 'Bad. Presse'.

Statt Karten. Die VERLOBUNG unserer Kinder Liesel und Hans zeigen wir ergebenst an. Gieseler Breittling beehre ich mich anzuzulagen. Hans Pfeifer. Karlsruhe, März 1921. B7939

Statt Karten. Die VERLOBUNG unserer Kinder Liesel und Hans zeigen wir ergebenst an. Gieseler Breittling beehre ich mich anzuzulagen. Hans Pfeifer. Karlsruhe, März 1921. B7939

